

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

17 (20.1.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelhefte 50 S

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2,20 M. Die Restameize bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die einspaltige Kolonelle 2,20 M. Die Restameize bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Kriegshetzer Poincaré spricht

Ministerielle Erklärung in der französischen Kammer — Poincaré will Gewalt mit allen Mitteln — Der Sozialist Barenne warnt vor Ueberspannung der Gewaltpolitik

Paris, 19. Jan. Späts abend: Die wichtigsten Stellen der Erklärung, die Poincaré heute nachmittag in der Kammer vorlesen hat, lauten:
Das Kabinett, das sich Ihnen hier vorstellt, hat keinen anderen Ehrgeiz, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Lösung vor den Vertrag herbeizuführen, die die Friedensbedingungen enthalten. Wir können nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die es übernommen hat. Es wäre die schrecklichste Ungerechtigkeit, wenn ein Land, das einen Angriff erdulden mußte, und von dem 18 Departements durch Invasion verwüstet wurden, auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiet geschaffen hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen zumuten müßte, die regelmäßigen Zahlungen für die Interbellumkosten der Kriegesopfer, die Witwen und Waisen, für die Kriegesbeschädigten und die Hinterbliebenen der Väter, die vom Feinde erschlagen worden sind, überzubehalten.

Paris, 19. Jan. Die Regierungserklärung wendet sich weiter gegen die Annahme, daß Frankreich von imperialistischen Bewegungen für den allgemeinen Wiederaufbau die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete und Schäden in Frankreich sei die fähigste dann fort: Das Problem der Reparation rationen beherrscht alle anderen Fragen und wenn Deutschland in dieser wichtigen Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so wird die Reparationskommission weitere Maßnahmen zu prüfen haben; dann werden wir auf Forderungen und Garantien, auf Einrichtung einer wirksamen Kontrolle über den Reichshaushalt, über die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands bestehen müssen. Es wichtig auch diese Angelegenheit für Frankreich ist, so darf sie uns doch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles ebenso wenig verschonen lassen, wie die Abrüstung und die Beilegung der Kriegsverbrechen. So lange diese nicht angefaßt sind, sind wir nicht nur vollkommen berechtigt, die Sanktionen beizubehalten und weitere zu ergreifen, sondern wir werden auch ermächtigt sein, zu erklären, daß die Räumungsrichtlinien für das linke Rheinufer noch nicht zu lauten begonnen haben. Mehr als je ist es wichtig, diese Auffassung, die die französische Regierung immer vertreten hat, beizubehalten.

In diesen verschiedenen Fragen und in allen denen, vor die wir uns gestellt werden, werden wir eine totale Lösung einbringen und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheiten wieder aufnehmen, die vorübergehenden Schwierigkeiten hervorgerufen haben, und werden uns bemühen, sie friedlich beizulegen. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Genua enthaltenen Bedingungen von den Delegierten in Genua vor jeder anderen Debatte angenommen oder abgelehnt werden und daß keine Bestimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen werden wird. Wenn wir in dieser Hinsicht keine sichere Bürgschaft erhalten, so würden wir gezwungen sein, uns volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Wir werden uns glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Festlegung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß es von beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, das beiden Ländern Nutzen soll. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen ohne Einschränkung die gegenwärtigen und die künftigen Garantien beibehält, wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir werden uns gleichzeitig mit Italien und England zu verständigen haben, um zu verhindern, daß die Wiederannahme der Verantwortlichkeiten zwischen Griechen und Türken zu verhindern, um im Einklang mit unsern Verbündeten Augen an den Abkommen von Angora zu ziehen und endlich Ruhe an den Ären Europas zu schaffen. Freundschaftliche Beziehungen werden besonders mit den Vereinigten Staaten geschlossen werden.

Paris, 19. Jan. Als Poincaré vor seiner Rede die Kammertribüne bestieg, wurde er von dem Protest der Sozialisten und von der bürgerlichen Mitte mit Beifall empfangen. Die Erklärung wurde aufmerksam gehört. Fast einstimmig wurden die Stellen der Rede bekräftigt, die von der Reparation sprechen. Auch die Verwahrung gegen die schamlose Propaganda wurde bekräftigt aufgenommen und ferner die Stelle, daß das gesamte deutsche Volk für die Staatsschuld haftet, daß das gesamte deutsche Volk für die Besetzung des linken Rheinuferes spricht. Die Stelle der Rede, die sich mit der Konferenz von Genua beschäftigt, rief den Protest der Sozialisten hervor.

An der auf die Rede folgenden Interpellationsdebatte erklärte der Sozialist Barenne, die Sozialisten seien Poincarés erklärte Gegner. Die Übernahme der Regierung habe in der Kammer große Erregung geschaffen. Anstelle eines Ministeriums der nationalen Union habe Poincaré ein Ministerium des nationalen Wiederaufbaus geschaffen. Poincaré weiche von seinem Vorgänger in bezug auf die Anwendung des Friedensvertrages von Versailles und in bezug auf den Obersten Rat wesentlich ab. Die internationale Konferenz bedeute einen wesentlichen Fortschritt. Es bedeute eine ungeheure Gefahr, darauf zu verzichten. Die Verträge, die Frankreich abgeschlossen habe, müßten alle diskutiert werden. Der Vertrag von Versailles sei nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden. Wenn Frankreich allein vorgehe, werde die französische Regierung die Alliierten nicht auf seiner Seite finden. Die Politik Poincarés führe zur Isolierung. Die sozialistische Politik der Reparationen habe im Vergleich zur Politik Poincarés den Vorteil, daß sie schon die Zustimmung eines Teils der öffent-

lichen Meinung in Deutschland gefunden habe. Einige seiner Freunde bereiten zurzeit Deutschland und werden von der Volksmenge freudig begrüßt. Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht den Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland entmutigen, der reparieren will. Sie werden früher oder später — ich glaube zu spät — zu den Lösungen zurückkehren, die praktische Menschen allein für realisierbar halten. nämlich, daß Deutschland bezahlen muß, wenn es mit Gold bezahlen kann, und was nach internationalem Urteil mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird, wie es die Konferenz von Genua beschließen will. Ich glaube, daß Sie gezwungenermaßen weiter an der Seite Deutschlands und Amerikas maršalieren werden. (Poincaré nickt zustimmend.) Sie werden das Ruhrgebiet nicht besetzen und viel früher nach Genua als nach Berlin gehen. Sie werden dieselbe Politik wie Ihre Vorgänger betreiben, nämlich, viel mit etwas mehr Beifall.

Der Kommunist Marcel Cachin sprach darauf von der Konferenz von Genua. Die Vertreter Deutschlands würden dort mit anderen Völkern auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren. Poincarés Führer zur Regierung habe große Erregung im Lande hervorgerufen. Cachin erinnert an die Politik, die Poincaré im Jahre 1914 getrieben habe, und an die Worte von Jowelski und Cassanoff.

Poincaré erwiderte: Ich sehe diesen Briefen ein formelles Dementi entgegen. Ich habe sie nie gesehen; sie existieren nicht und wenn sie existieren, so sind sie falsch. Cachin beendete seine Rede mit der Erklärung, das Proletariat sei gegen jede Politik, die wieder zum Kriege führen könne.

Ministerpräsident Poincaré nahm nach Schluß der Debatte die Tagesordnung in Angriff, die die Erklärung billigt, der Regierung das Vertrauen ausdrückt, und jeden weiteren Ruf nach Ablehnen und zur Tagesordnung übergeht. Dieser Tagesordnung wird die Priorität mit 472 gegen 107 Stimmen angebrochen und schließlich die Tagesordnung durch Aufheben der Höhe angenommen.

Nach Annahme der Vertrauensbeschlüsse ergreift Poincaré nochmals das Wort und führte u. a. aus: Ich war Ministerpräsident als die ersten Wahlen auf dem Balkan aufstiegen. Mit dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern aller Deputierten haben wir uns bemüht, die Gefahr zu beschwören. Gegen den Willen der französischen Regierung ist der Krieg ausgebrochen. (Alle Abgeordneten erheben sich und klatschen Poincaré Beifall.) Als der Krieg gegen Frankreich erklärt wurde, war mein einziger Wunsch, den Frieden aller im Zuge zu ziehen. Ich appelliere an die Unparteilichkeit aller.

Der Ministerpräsident ging sodann dazu über, die ministerielle Erklärung zu kommentieren. Die Regierung habe von einem Ziel: Die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Er habe gesagt, daß die seit fünf Jahren zur Anwendung gebrachten Methoden häufiger Zusammenkünfte des, was man schließlich den Obersten Rat nennt — nicht die sicherste Art sei, zur Lösung zu gelangen. Er glaube, daß die Affen studiert werden müßten und daß man vorher auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege Vorbereitungen treffen müsse, damit jedes Mißverständnis und jede Ueberretzung ausgeschlossen sei. Nach dem Kriege habe Frankreich das Recht, zu sagen, daß es am stärksten gelitten habe. Die Finanzlage Frankreichs fordere, daß alles bezahlt werde, was bezahlt werden könne. Aber selbst mit dem dreifachen Budget könne das Defizit nicht gedeckt werden wenn Frankreich nicht die beträchtlichen Vorschüsse zu Rückzahlungen, die es für Deutschland gemacht habe. Die Kriegsschäden seien auf systematische Verbrennen zurückzuführen. Eine offizielle Proklamation stelle fest, daß ein Einverständnis bestanden habe zwischen dem deutschen Generalfeldmarschall und dem deutschen Großhandels, Frankreichs Industrie zu beschädigen und damit nationaler Frankreichs Kredit. Jeder Versuch auf unsere Forderungen wäre eine Ermüdung dazu, auch neue zu beginnen. Ich weiß sehr gut, daß Deutschland beabsichtigt, daß es für den Krieg nicht verantwortlich sei. Eine Politik, die von Wilhelm unterzeichnet sei, enthält die Worte: „Die Behauptung, daß Deutschland den Krieg verursacht hat, ist eine schamlose Lüge.“ Diese Lüge nehmen wir auf unsere Schultern. Die Geschichte wird Deutschland unter der Mitschuld Österreichs für den Krieg verantwortlich erklären. Deutschland habe die Kriegsschäden durch die Mißhandlung von Frauen, Geiseln und Passagieren der Handelsschiffe erschwert. Die internationalisierte juristische Kommission für die Kriegesbeschädigten habe einstimmig beschlossen, daß die Beschädigten gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles ausbezahlt werden sollen.

(Die Fortsetzung des Berichtes war bei Schluß der Redaktion noch nicht eingetroffen.)

Zur Charakterisierung Poincarés

Am 19. Jan. An leitender Stelle bringt die „Stampa“ eine scharfe Kritik über Poincaré. Das Blatt nennt ihn einen Denker, der nichts von der öffentlichen Meinung wissen wollte und ein überzogener Anhänger der Geheimdiplomatie sei. Ein solches Auftreten gegen England sei von ihm nicht zu erwarten. Sein Ziel liege in der systematischen Ausreizung von Deutschland. Es sei begreiflich, daß Frankreich sich nicht gleichzeitig zwei Fronten, eine gegen England und eine gegen Deutschland leisten könne. Poincaré werde darum den Garantievertrag gegen Deutschland nicht fallen lassen und er ist beizubehalten, um zu vervollkommen und England mehr und mehr in das Netz einer gegen Deutschland gerichteten Politik hineinzuziehen. Ein solcher Vertrag werde Europa von neuem in zwei feindliche Lager spalten und in Frankreich das Jahr Festhalten am Versailles Vertrag stärken, in Deutschland aber neuen Groll hervorrufen.

Organisation und Preiswucherbekämpfung

von Hans Streile.

Mitglied der städt. Preisprüfungsstelle Karlsruhe

In der „Karlsruher Zeitung“ vom 31. Dezember 1921 entwirft Staatsanwalt Marg-Rannheim den Gedanken eines „staatlichen Preisprüfungsapparates“, wobei der „Schwerpunkt der Preiswucherabwehr“ künftighin auf „staatliche Verwaltungsorganisationen“ gelegt werden soll, anstatt wie bisher auf die „staatlichen Strafverfolgungsbehörden“. Der „Apparat“ ist folgendermaßen gedacht: Den Kopf bildet die „Reichsgeneralstelle“, den Rumpf und die Gliedmaßen bilden die „Provinzialgeneralstellen“, denen kleinere „Zentralstellen“ untergeordnet sind. „Alle Firmen von bestimmtem Umfange haben wöchentlich ihre Verkaufspreise unter eidesstattlicher Versicherung der Richtigkeit an die Zentralstellen, die für nicht allzu große Gebiete zu errichten sind, mitzuteilen“. . . . „Die einzelnen Zentralstellen hätten die ihnen mitgeteilten Zahlen sofort zu verarbeiten und an die Reichsstelle weiterzuleiten, die nun ihrerseits den Provinzialgeneralstellen die Gesamtergebnisse aus dem Reiche umgehend zur Verfügung stellt. Die staatlichen „Zentralstellen“ werden unterstützt durch ein Aufgebot von amtlich angestellten Sachverständigen, „bei deren Anstellung die Geschicklichkeit keine Rolle spielen darf“.

Meines Erachtens dürfte solch ein staatlicher Apparat die Frage der Preiswucherbekämpfung ebensowenig lösen wie die bisherigen „staatlichen Organisationsformen“. Wohl hat Staatsanwalt Marg recht mit seiner Behauptung, daß die heutigen Preiswucherstellen nicht ausreichen, und daß eine Organisationsform geschaffen werden müsse, welche die Industrie und den Großhandel prüfen und überwachern könne. Aber auch die Landwirtschaft muß kontrolliert werden, denn letzteres ist so nötig als das erste. Dazu sind aber „staatliche Zentralstellen“ nicht imstande.

Der Märzliche Vorschlag dürfte weder bei Industrie und Handel noch bei den Verbrauchern Anklang finden. Der Staat wird sich hüten, einen Apparat zu schaffen, der erstens richtige Kosten verschlingen und zweitens doch keinen Erfolg zeitigen würde. Die Erfahrungen der Zwangswirtschaft lehren, daß alle rein staatlichen Einrichtungen der Wucherbekämpfung, die sich nicht auf die Mitwirkung der gesamten Bevölkerung stützen, stets verfehlen. Aber auch der Handel und die Industrie würden sich mit vollem Rechte gegen eine solch fürchterliche Belastung wehren, die eine schwere Geschäftshemmung und auch eine Verleerung der Waren zur Folge haben würde. Für die Bekämpfung des Preiswuchers auf dem Lande endlich wäre der staatliche Preisprüfungsapparat gänzlich ungeeignet.

Hier muß betont werden: Es gibt nur eine Organisationsform, die im Vereine mit den staatlichen Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden mächtig ist, den Preis- und Leistungswucher wirksam zu bekämpfen, sowie die Preise nachzuprüfen und zu überwachen, und das ist der von den Gewerkschaften und dem „Arbeitsrat“ und allen Verbrauchern seit 1 1/2 Jahren geforderte länderlose Ausbau der gemeinwesenchaftlichen — örtlichen — Preisprüfungsstellen, welche die gesamte Bevölkerung zur Wucherbekämpfung und Preisüberwachung heranziehen. Herausgewachsen aus dem Wirtschaftswesen selber bedeuten sie keine Zwangswirtschaft wie der angeregte „staatliche Preisprüfungsapparat“. Auch ist es nicht ihre Aufgabe, eine Vorzensur der Preise auszuüben, sondern die Preise nachzuprüfen, gegebenenfalls Erzeuger, Verbraucher und Händler an einen Tisch zusammenzuführen, mit ihnen gesunde Preisvereinbarungen zu treffen und über deren Einhaltung zu wachen. Die gemeinwesenchaftlichen Preisprüfungsstellen sind keine bürokratischen oberbehördlichen Kommissarien und Zentralstellen, sondern ihre Kommissarien sind Volks- und Wirtschaftsausschüsse der ortsanfänglichen Vertriebsstände.

Leider liegt der Ausbau des Preisprüfungsstellennetzes immer noch im Anfangsstadium. Solange sie aber nur vereinzelte und ohne Zusammenhang im Land und Reiche sind, kann von einem durchschlagenden Erfolge nicht gesprochen werden. Sind aber einmal die Preisprüfungsstellen allerorts errichtet und einheitlich zusammengeschlossen, so erscheint es unbedenklich, daß es innerhalb des Reiches noch Schlupfwinkel für Schieber und Wucherer und Pläbe gibt, „wo man so viel höhere Preise bezahlt werden, daß ein übermäßiges Abwandern der Waren befürchtet werden muß“. Wäre z. B. im verflochtenen Jahre ein festes Preisprüfungsstellennetz vorhanden gewesen, so hätte man mit den ländlichen Erzeugern zu Anfang der Karloffenernte einen Richtpreis vereinbaren können, der die Erzeuger befriedigt und für die Verbraucher dennoch erschwänglich gewesen wäre. Und jeder Staatsanwalt und Bezirksvorstand hätte eine Handhabe gehabt, um mit seinen Organen der Preiswucherer einen Damm entgegen zu stellen. Das Netz der örtlichen Preis- und Ueberwachungsstellen ist auch das rechte Werkzeug und das langjähige Mittel, um die Industrie und den Handel zu überwachen, alle unnötigen Kettenhandelsglieder auszumerzen, wie auch die willkürliche Preispolitik der Unternehmerlinge und Trusts zu bekämpfen. Das Angeführte der willkürlichen Preisfestsetzungen der Unternehmerlinge sei an folgendem Beispiel gezeigt: Eine Margarinefabrik hat in Karlsruhe eine Niederlage und führt den Besteller die Margarine zu, ganz gleich, ob der Verkäufer Groß- oder Kleinhändler ist. Der Unternehmer besteht nur darin, daß der Kleinhändler denselben Einkaufspreis bezahlt, ob er die Margarine bei der Fabrikniederlage oder beim Großhändler bestellt. Der Großhändler steht also in diesem Falle als wirtschaftlich vollständig un-

nüchtes Glied zwischen Fabrikniederlage und den Kleinhändlern und genügt dank seiner Organisation einen Vorzugspreis, der ihm einen mühseligen Verdienst in die Tasche schiebt. Soll das Wirtschafts- und Ernährungsweisen nicht zusammenbrechen, so darf die Preisbildung nicht der reinen Willkür und Gewinnsucht der organisierten Fabrikanten und Großhändler allein überlassen werden. Heute muß verlangt werden, daß alle Glieder des Wirtschaftsprozesses, insbesondere auch die Verbraucher, ein Wort mitzusprechen haben, und das geschieht in den ortsgenossenschaftlichen Preisprüfungsstellen. Soll für die Verbraucher etwas Ersprießliches erzielt werden, so kann es auch hier nichts anderes geben, als Verbraucher, Unternehmer, Groß- und Kleinhändler an einen Tisch zu bringen und eine verständliche Preisvereinbarung zu schaffen, bei der alle Wirtschaftsglieder leben können. Den Ausgleich in Land und Reich, soweit derselbe im Bereich der Möglichkeit liegt, betragen die größere oder kleinere Gebiete umfassenden Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Stellen. Sache der Staatsanwaltschaften ist es dann, die in den Preisprüfungsstellen getroffenen Preisabkommen zu schützen.

Die geeignete Form zur Beseitigung wucherischer Auswüchse am deutschen Wirtschaftskörper ist also vorhanden und zwar in den ortsgenossenschaftlichen Preisprüfungs- und Ueberwachungsstellen. Man gestalte sie aus, gliedere sie und verleihe sie mit den nötigen Machtbefugnissen und die gesamte Bevölkerung, alle Glieder unseres Volks- und Wirtschaftskörpers, Erzeuger, Händler, Verbraucher und Gewerkschaften, kurz alle anständigen Volksgenossen und schaffenden Menschen sind in der Lage, an der Wucherbekämpfung teilzunehmen und die Organe des Staatsanwaltschaftlichen und bezirksamtlichen Rechtsschutzes wirksam zu unterstützen. Das engmaschig gegliederte Reichs- und Landesgesetz der ortsgemeindlichen Preis- und Ueberwachungsstellen wird in Verbindung mit der Ausgestaltung eines einheitlichen planmäßigen Absatz- und Verbrauchsgenossenschaftswesens mit der Zeit dem Wucher-, Schieber-, Schmuggler- und Preisdrückertum ein Ende machen.

Wie wir hören, soll vom Karlsruher Stadtrat bei der Regierung der Antrag gestellt werden, die Vollzugsämter der örtlichen Preisprüfungsstellen zu Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft zu erklären und den Gemeinden zur Deckung der Kosten ihrer Preisämter einen Teil der aus wirtschaftlichen Vergehen eingehenden Straf- und Beschlagnahmegerbete zu überweisen. Dieser Schritt ist nur zu begrüßen. Dann sind die Städte in der Lage, die gemeindegenossenschaftliche Wucherabwehr zweckentsprechend auszubauen. Dann heißt die öffentliche Wucherbekämpfung die nötigen Hände und Arbeitskräfte, um überall in Stadt und Land die wuchernden Schädlinge zu erfassen und untauglicher Gebaren auf ein Mindestmaß zurückzuführen.

Der bayerische Herenkeffel

Von unserem Münchener Korrespondenten

Nachdem es der weichen und gewandten Hand des Grafen Ledeburg gelungen war, den durch Kohle- und Konzentrat gründlich ramponierten Staatskarron durch das Labormittel von Hinderbichler ohne größeren Krach und Kadaver hindurchzubringen, rührten sich die durch Köhner und Roth gezielten rechtsabwärts gerichteten Sprengtruppen nach einem Vierteljahr der Erschöpfung und unfreiwilligen Ruhe von neuem. Diese beunruhigenden Anzeichen konnten aber nur an die Öffentlichkeit gelangen, weil die herrschende Regierungspartei, die Bayerische Volkspartei, mit ihrer Neujahrsansprache alle diese unruhigen Elemente wieder an die Oberfläche gelockt hatte.

Einer dieser „Neujahrs-Programmpunkte“, der „Staatspräsident“, gibt jetzt bereits Veranlassung zu ernstlichen Konflikten innerhalb der Regierungskoalition. Die Demokraten wollen nicht mehr mitmachen und das führende Organ der bayerischen Volkspartei schreibt bereits, daß es keine weitere Möglichkeit eines geschäftlichen Zusammenarbeitens sehe. Die Folge davon wird natürlich die Verschlebung der Koalition nach rechts, Wiederernte der Deutschnationalen in die Regierung und Sammlung aller inner- und außerpolitischen Sprengkräfte hinter dem besten Widel des Reichstages bayerischen Regierungsparteies sein. Die Wirkungen zeigen sich bereits auf dem Gebiet der Justiz und Polizei: Der bayerische Richterverein wagt es in einem offenen Rundschreiben, sein Mißfallen über Verhinderung und Abbruch öffentlich festzustellen und die Erhebung Abbruchs durch eine geeignete Persönlichkeit zu verlangen. Die Besche gegen den Genossen Radbruch nimmt übrigens geradezu groteske Formen an. Die Unterschrift Radbruchs unter das Rundschreiben betr. Aufhebung des § 170 gibt hierzu Anlaß. Mit welcher Objektivität die völlig sachlichen Erklärungen Radbruchs über Niederwürsteln in dieser Atmosphäre der Ignoranz und Enghirzigkeit aufgenommen werden, beweist folgende Münchener Pressenotiz:

Der Anschlag auf die bayerische Justizhoheit ist demnach noch keineswegs als endgültig abgewehrt zu betrachten. Herr

Efkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung)

Und der Aufrichtige löste ins Herdengeläut und wärmer und wärmer jähde sich alles auf der Alp, goldbraungrün leuchteten die Matten, lauter Abglanz der Rote warf sich auf die grauen Kalksteinwände des Kamors, da hab sich auch in Efkehard's Seele ein Leuchten und Wängen, — die Gedanken flogen hinter ins ferne Oegon und weiter, es war ihm, als sähe er wieder bei Frau Gudwig auf dem Hofenstößeln, wie damals, als sie des Hunnen Capan Hochzeit feierten, als käme Audisaf mit Gudumoth aus der Kunnennot heimgeritten, als sah er das Glück in Gestalt jener zwei verlorpert, und aus dem Schutt vergangener Zeit tauchte auf, was der sinnige Konrad von Algeih ihm dereinst von Walthari und Hilgunde erzählt, mit Sang und Klang zog der Geist der Dichtung bei ihm ein, er sprang auf und tat einen Satz in die Luft, daß der Sankt seine Freunde an ihm haben mochte: Im Bild der Dichtung soll das arme Herz sich dessen freuen, was ihm das Leben nimmer bieten kann, an Redentampf und Minnelohn, — ich will das Lied von Walthari von Aquitanien singen! tief er der scheidenden Sonne zu, und es war ihm, als hände drüben in der Gemmenlufe zwischen Sigelsalp und Raarwies glanzumwallt der Freund seiner Jugend, der Meister Konrad, und wankte ihm mild lächelnd herüber und sprach: Tu's!

Und Efkehard ging fröhlich ans Werk. Was bei uns geschieht, muß recht geschehen oder gar nicht, sonst laden uns die Berge aus — so hatte der Tenn eines Tages zu ihm gesprochen und er hatte beifällig dazu genickt. Der Handhub ward ein Tag gefascht, Eier und Honig zu holen, da dat ihn Efkehard für einen Tag bei seinem Meister frei und gab ihm einen Brief nach Sankt Gallen an seinen Neffen. Er schrieb ihm in damals üblicher dort wohlbekannter Schreibenschrift, damit ihn kein Anderer lese. Darin aber stand:

Dem Klosterschüler Burtard Teil und Segen.

Radbruch möchte schon, wenn er könnte. Bayerischerseits wird man daher gut tun, hier auch fürderhin die Augen offen und die Ohren steif zu halten.

Die wiedererlebte „Schneid“ der Münchener Polizei aber wird äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Polizeigebäude in den letzten Tagen unter Nichtachtung des Artikels 115 der Reichsverfassung in Privatwohnungen einbringen — meist in den frühen Morgenstunden — um dort unter dem Vorwand einer „Wohnungskontrolle“ ihre politischen Zwecke zu verfolgen. Es geht bei allem Verständnis für die wichtigen Aufgaben der Polizei doch nicht an, die bei Verbrechen und sonstigen üblichen Reklamationen ohne weiteres auf die Behauptungen friedlicher Bürger zu übertragen. — Aber wir sind ja in Bayern! Mittelalterliche Polizei- und napoleonische Spitzelmethoden ist man hier so gewohnt, daß der fromme Bürger, ebenso wie er im Sommer seinen Budek zur Bearbeitung durch die Köhnerischen Gummimittel hinstellt, mit derselben Geduld den Wächter des Gesetzes bei nachschlafender Zeit in sein eheliches Schlafzimmer hineinkomplimentiert. Der Prozeß über den „verkauften Meisbacher“ hat ja auch zutage gefördert, daß Köhner's Schüler und Nachfolger die Tücher unseres Genossen Hoffmann in einer Form inquirierten, die jedem mittelalterlichen Herenkeffler alle Ehre gemacht hätten. Dazu wurden die unbescholtenen Mädchen mit einer subtilen Inhaftierung zusammen in die ganze Nacht in einem Raum festgehalten.

Die Nichtachtung der Staatsbürgerrechte durch die Behörden zeigt natürlich Auffassungen über den Verfall innerhalb dieses sonderbaren Staatsgebildes, daß man sich nicht wundern muß, daß auch im Wirtschaftsleben derartige Methoden eintreten. So hat der Arbeitgeberverband der bayerischen Provinzmetallindustrie sich in aller Seelenruhe eine unerhörte Prozentsation der bayerischen Metallarbeiter geleistet. Diese Herren lassen die Arbeitnehmer ruhig zu einer Versprechung über Tariffragen nach München kommen und erscheinen dann überhaupt nicht. Sie lassen den Arbeitern durch ihren Syndikus mitteilen, sie seien sich schon schlußig geworden, jede Lohnherhöhung abzulehnen.

Es wird Zeit, daß die bayerische Regierung durch einige energische Handgriffe den Sturm beschneidet!

Vom „Freien“ Getreidehandel

Die Erhöhung des Brotpreises von 8 auf 14 M., die zum 1. Februar eintreten wird, ist nur ein Vorzeichen der Seignungen des freien Getreidehandels. Ist die nationale Getreidewirtschaft erst ganz abgebaut, wird das Brot 20 M. und darüber kosten. Den Konumenten wird dann der Segen des freien Handels wohl Har und süßler genug geworden sein.

Aber selbst die Agrarier finden ein Jahr in dieser Hinsicht so vollkommenen Eurye. Angesichts der in Aussicht stehenden Mißernte im Getreidehandel fängt sich das Großkapital darauf, hier gründet die Nationalbank für Deutschland, dort die Darmstädter Bank, die übrigens eine Interessengemeinschaft mit der Nationalbank hat, ein großes Getreidehandelsforum. Es ist dabei noch aller Anerkennung wert, daß das Reich sich nicht gänzlich ausschalten läßt, sondern sich für die Lagerhäuser und sonstigen Anstalten, die es aus der Zeit der Juangensverwaltung besitzt und jetzt verpacken muß, einen gewissen Einfluß sichert. Das Reich scheint sogar dafür gefordert zu haben, daß die Genossenschaften an den großkapitalistischen Kongernen für den Getreideeinkauf unmittelbar beteiligt werden. Aber immerhin, die Landwirte werden schon eines Tages merken, daß der freie Handel nicht nur Ausbeutung der Konumenten, sondern auch ihre eigene Auslieferung an das Kapital bedeutet.

Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen

21. Berlin. Nach einer Pause von mehr als 4 Wochen hat der Reichstag am Donnerstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Zwei Interpellationen, die in der Zwischenzeit eingegangen waren, eine über die Futtermittelverwertung und die andere über den Wogenmangel bei den Reichseisenbahnen, werden demnächst beantwortet.

Die kleinen Getreidewürte über die Vereinfachung des Angebotsverfahrens und zur Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung werden den Ausschüssen überwiesen. Angenommen wurde eine Vorlage, wonach die Entschädigung der Erbkolente der Schöpfen und Geschworenen ausgedehnt wird. Es folgte die Beratung der großen Finanznot der Gemeinden. Anlaß dazu gab eine Interpellation der Demokraten, die von dem Zittauer Oberbürgermeister Dr. Kütz (Dem.) begründet wurde. Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Städte infolge der Verzögerung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer völlig außerstande seien, Mehrausgaben aufzubringen, die sie durch die Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten, Arbeiter usw. haben. Es wäre richtiger gewesen, wenn nicht das Reich, sondern

die Gemeinden die Träger und Bewirtschaftler der Einkommensteuer geworden wären. Finanzminister Dr. Herme's teilte mit, daß eine Änderung des Landessteuergesetzes vorbereitet werde. Sobald die neuen Steuerentwürfe vom Reichstag verabschiedet seien, kämen die Finanzminister der Länder zusammen, um die Not der Gemeinden und die Mittel zur Beirathen. An der Aussprache wies der mehrheitspolitische Kommunalpolitiker Heymann auf die große Not der Stadt Berlin hin. — Am Freitag nachmittag geht die Aussprache weiter.

Sitzungsbericht

Berlin, 19. Jan.

Am Regierungstisch: Dr. Radbruch. Präsident Eise eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr und genehmigt, während sich die Anwesenden von den Sigen erheben, den Ableben des Abg. von Delbrück (D.R.) — Für den Abg. v. Delbrück tritt Frau Hoffmann-Bodum in den Reichstag ein.

Das Gesetz zur Vereinfachung des Angebotsverfahrens geht auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg an den Rechtsausschuß. — Die Vorlage über die Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung wird auf Antrag des Abg. Koch (Soz.) an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Entschädigung der durch Erbschaft der Schöpfen und Geschworenen betroffenen Vertrauensmänner. Sie sollen wie Schöpfen und Geschworenen neben Restlosten Tagelöhler erhalten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Anab.) fordert darüber hinaus volle Entschädigung der Schöpfen und Geschworenen. Außerdem sollen sie dem bayerischen Volk gemäß werden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Eine starke Erhöhung der Vergütungen der Schöpfen und Geschworenen sehe auch ich als eine dringende und drängende Maßnahme an. Sie unterliegen gegenwärtig dem Meinungsaustausch der Länder. Die Neugestaltung des Auswahlapparates wird einen der Hauptpunkte des Gesetzes zur Neuordnung des Strafgerichtswesens bilden. Dieses Gesetz unterliegt gegenwärtig der Stellungnahme der Länder. Der Entwurf dürfte im März dem Kabinett vorgelegt werden können. — Das Gesetz wird in allen drei Lesungen unbedeutend angenommen.

Die Finanznot der Gemeinden

Auf der Tagesordnung steht eine demokratische Interpellation über die Finanznot der Gemeinden. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Gemeinden infolge der Verzögerung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer völlig außer Stande sind, Mehrausgaben aufzubringen, die sie durch die Erhöhung der Bezüge der städt. Beamten, Arbeiter usw. haben. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den Gemeinden schleunigst die Deckung für diese Ausgaben zu gewähren. Es wird gefragt, ob etwa eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen beabsichtigt sei. Eine solche Verschärfung der Selbstverwaltung der Gemeinden müsse zurückgewiesen werden.

Abg. Dr. Kütz (Dem.) begründet die Interpellation und fügte aus, gerade unsere Praxion füßt sich zu dieser Interpellation besonders berufen. Wer den gefunden Aufbau des Staates will, darf die Gemeinden nicht verkommen lassen, darf nicht an ihrer Not vorbeigehen. Die Revolution, die in einer Nacht ein Duzend von Fürstentronen hinweggefegt hat, hat es nicht fertig gebracht, auch nur eine einzige Gemeindeverfassung außer Kraft zu setzen. Die Gemeinden sind völlig außer Stande, die Mehrleistungen aufzubringen. Wegen der Rückständigkeit des Reichs bei der Veranlagung der Einkommensteuer wissen die Gemeinden heute noch nicht, mit welchen Einnahmen sie rechnen können. Dabei werden ihnen immer neue Lasten auferlegt. Es wäre richtiger gewesen, wenn nicht das Reich, sondern die Gemeinden die Träger und Bewirtschaftler der Einkommensteuer geworden wären. In einzelnen Gemeinden werden schon jetzt laufende von Prozent an Gemeindesteuer erhoben (Kort, Kort). Die Steuern müssen neu verteilt, der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer muß erhöht werden.

Minister Dr. Herme's erklärt, daß eine Vorlage zur Veränderung des Landessteuergesetzes, durch die die Gemeinden befreigestellt werden sollen, bereits dem Reichstag vorliegt. Nach Verabschiedung der Steuerentwürfe durch den Reichstag sollen die Landesfinanzminister zu einer Konferenz eingeladen werden, um zu beraten, wie den Gemeinden zu helfen ist, die Mehrausgaben infolge der Befolgungsordnung sind eine Folge der Geldentwertung, die automatisch aus der Erhöhung der Einnahmen herbeiführt. Das Reich ist zu Vorstufen bereit. Bisher sind an die Gemeinden bereits 5 Milliarden Vorschüsse gezahlt worden. Die Länder haben ein Aufschubrecht über die Gemeinden.

In der Aussprache weist Abg. Heymann (Soz.) darauf hin, daß die Gemeinden kaum noch in der Lage sind, die allerwichtigsten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Durchführung der neuen Befolgungsordnung hätte auf die Gemeinden geradezu niederstürmender gewirkt. Sie wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen. Das Reich muß ihnen helfen. Die Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit haben aus eigenen Kräften und eigenem Willen sich bewegen zu können.

Der du ein Augenzeuge von meines Heims Leid gewesen, wisse zu schweigen. Und wo er weilt, frage nicht — Gott's Hand reicht weit. Du hast im Procopius gelesen von Bandalon's König Gellimer; da er im numidischen Gebirg eingeschlossen sah und sein Elend groß war, heischte er von den Belagerern ein. Darf, seinen Schmerz zu verlingen. Gedanke dabei meines Ohms und wolle dem Ueberbringer eine eurer kleinen Garten mitgeben und etliche Vögel reinen Pergaments samt Farbe und Rohrfeder, denn mein Herz ist wohlgenutet zu singen in der Einjamkeit. Verbrenne das Blatt! Die Gnade Gottes sei mit dir! Leb wohl!

Der du ein Augenzeuge von meines Heims Leid gewesen, wisse zu schweigen. Und wo er weilt, frage nicht — Gott's Hand reicht weit. Du hast im Procopius gelesen von Bandalon's König Gellimer; da er im numidischen Gebirg eingeschlossen sah und sein Elend groß war, heischte er von den Belagerern ein. Darf, seinen Schmerz zu verlingen. Gedanke dabei meines Ohms und wolle dem Ueberbringer eine eurer kleinen Garten mitgeben und etliche Vögel reinen Pergaments samt Farbe und Rohrfeder, denn mein Herz ist wohlgenutet zu singen in der Einjamkeit. Verbrenne das Blatt! Die Gnade Gottes sei mit dir! Leb wohl!

Nicht schlau und fürchtig sein, als wenn du eines Abends Rejt besäßeiden wolltest, um die Jungen auszuheben, sprach Efkehard zum Handhuben. Erkunde den Klosterschüler, der mit dem Wächter Romeias war, da die Hunnen kamen, dem entbiete den Brief. Sonst soll niemand drum wissen.

Der Handhub legte den Zeigefinger auf die Lippen: Bei uns wird nicht verplaudert! sprach er, Vergeß nicht, daß ich nach zwei Tagen kam er wieder bergan gestiegen. Er packte den Anhalt seines Tragkorbes vor Efkehard's Höhle aus. Eine kleine Farbe war unter grünen Eichweigen verborgen, breitede, der Gestalt des griechischen Delta nachgebildet, mit zehn Seiten besaßet, Farbe und Schreibgerät dabei und viel Wälder saubren weiden Pergaments, sorgsam waren die Linien drin punktiert, daß die Buchstaben gerade und eben darauf zu stehen kämen.

Aber der Handhub sah finster und trübig drein. Daß's brav gemacht, sagte Efkehard. Ein zweitesmal sah ich mich nicht mehr dort hinuntergeschiden merkte der Sub und ballte die junge Faust. Warum?

Weil dort keine Luft geht für unferneins. Im Stüblein der Banderleut' hab' ich nur den Schül' erkundet und hab' den Aufschlag bestellt. Hernach aber woll' ich erkunden, was das für eine heilige Jungt ist, die dort in Klutten zur Schule geht, und bin in den Klostergarten gegangen, dort haben die jungen Herren mit Würfel gespielt und Wein getrunken, es war ein Ergötzungsstag. Da hab' ich zugehört, und wie sie

Steine nach dem Ziel warfen und das Stadspiel trieben, hab' ich laut aufschauen müssen, weil alles so wach und spöttisch war. Und sie wollten wissen, warum ich lache, da hab' ich einen Stein gegriffen und hab' ihn zwanzig Schritt weiter geworfen als der beste von ihnen, und hab' gesagt: Was seib ihr für Wadhol'derbröseln, wollt ein rechtschaffen Spiel spielen und habt lange Klutten an! Euch kann ich ja nicht einmal zum Hosenknopf ausfordern oder zu einem gehörigen Schwünge; euer Sach se nichts! Da sind sie mit Stöden auf mich los, aber den nächsten hab' ich gegriffen und durch die Rüste geworfen, daß er ins Gras slog wie ein flügelahmer Verzacke; und sie erhoben ein groß Geschrei und jagten, ich sei ein großer Bergdub, ihre Stürze sei Wissenschaft und Geit. Da hab' ich wissen wollen, was der Geit sei, und sie sprachen: Trinf Wein, dann schreiben wir dir's auf den Rücken! Und der Klosterwein war gut, ein paar Krüge hab' ich ihnen weggetrunken, dann haben sie mir etwas auf den Rücken geschrieben, ich weiß nummer, wie's zung, aber andern Morgens hab' ich nur einen schweren Kopf gehabt und weiß von ihrem Geit im Kloster, so wenig denn vorher.

Der Handhub freiste sein rauhes Nachshemd zurück und mees Efkehard seinen Rücken. Der trug in großem Kapdarfist mit schwarzer Wagenfarbe aufgetragen die Jann'schrift:

Die bei des Abtes Zellen Sind heidnische Gezellen Grobe ungeheite Hochmütige Bauerseute.

Es war ein Klosterwib. Efkehard mußte lachen. Laß dich's nicht bedriechen, sprach er, und denke, daß du selber schuld bist, weil du zu tief in den Weintrug geschaut.

Der Handhub war nicht beruhigt. Meine schwarzen Stegen sind mir lieber als all die Derrlein, sprach er und knüpfte sein Hemd wieder zu. Aber wenn mir so ein Hosenfuß, so ein Lappi auf die Beinall kommt, dem schreib' ich mit ungedranteder Wade an Wadzeigeln auf die Haut, daß er seitelens dran denken soll, und wenn's ihm nicht recht ist, kann er den Berg tobel stinablaufen die ein Schneesturz im Frühling. Brummend ging der Sub von dannen. (Fortsetzung folgt.)

Berichtszeitung Schwurgericht Karlsruhe

Prozess Schneller wegen Unterschlagung

Karlsruhe, 19. Jan. Zur Verhandlung kam heute die Unterbringung von 600 M bei einem Seefischmarkt der Stadt Forzheim am 22. und 23. Mai 1919. Die Stadt Forzheim hatte eine Sendung Fische an eine Firma in Forzheim verkauft, kaufte aber dann wieder einen Teil der Fische zurück, um den Absatz zu beschleunigen. Den Verkauf der nun wieder zurückgekauften Fische leitete der Angeklagte. Den genannten Betrag soll der Angeklagte unterschlagen haben, indem er für die Stadt keine Abrechnungen anfertigte und den Reingewinn für sich behielt. Für sich hatte der Angeklagte aber Abrechnungen angefertigt. Schneller machte geltend, die Abrechnungen habe die Firma (Hannlich u. Cie.) der Stadt angefertigt, wie man ihm gelagt habe.

Im Anschluß an diese Verhandlungen kamen Unterschlagungen, die der Angeklagte sich bei anderen Anlässen zuschulden habe kommen lassen, zu Sprache (Unterschlagungen von Bodenmarktgeldern, Auslagen von Büden usw.). Zur Erhebung von verschiedenen Gebühren benützte die Stadt Forzheim die Ausgabe von Jagen. Weiterhin, indem die Erheber die Gebühren (Bodenmarktgeldern usw.) gegen Abgabe der genannten Wertzeichen einzogen. Zur Sicherheit mußte der jeweilige Erheber diese Wertzeichen bei der Stadt kaufen. Hier hat dann der Angeklagte eine besondere Kasse eingerichtet. Er benützte diese Art der Einziehung solcher Gelder nicht mehr. Das Geld wurde ohne Ausgabe von Wertzeichen eingezogen und floß in die vom Angeklagten neu angelegte Kasse. Weiterhin, ferner wurde dem Angeklagten vorgeworfen, Gelder (Reisegebühren), die nicht in die Kasse floßen, unterschlagen zu haben. Der unterschlagene Betrag beläuft sich auf fast 800 M. Von verschiedenen Zeugen wurden in dieser Sache dem Angeklagten belastende Aussagen gemacht.

Sobann kam die Unterschlagung beim Frühjahrsfest im "Eutinger Tal" zur Verhandlung. Hier wird dem Schneller zur Zeit gelegt, als Arrangeur dieses Festes dem Betrag von 1800 M unterschlagen zu haben. Schneller ließ verschiedene Büden und das Material für einen Tanzboden aus, wie er selbst sagte, und zog dafür eine Paulsumme ein. Der Angeklagte gab an, es sei dies ein Privatgeschäft gewesen, was der Zeuge, Bürgermeister Stodinger, einsehend in Abrede stellte. Im weiteren Verlaufe bestritt der Angeklagte ganz entschieden, die erwähnte Unterschlagung begangen zu haben. — Von einem Zeugen, der das Geld einlieferte hatte, wurde noch ausgelegt, daß das Geld immer ungesägt von Schneller abgenommen worden sei. Ein anderer Zeuge erklärte, man hätte das Geld gar nicht gesehen können, da Schneller oft gerade Geld aus der Kasse in seine Westtasche gesteckt habe.

Der Bürgermeistermord in Heidelberg

Heidelberg, 19. Jan. (Drabik.) Zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung im Siefert-Prozess erklärte der Angeklagte: Ich bin mir bewußt, daß die Fingerabdrücke von großer Wichtigkeit sind, aber ich muß einige Feststellungen zu dem Gutachten des Herrn Dr. Kopp machen. Siefert führte dann aus, daß damals auf den Photographien der Fingerabdrücke sich gelbe Linien befanden, die nun nicht mehr vorhanden sind. Er habe beobachtet, daß die Photographien damals von einem Sekretär vorgelegt worden seien und er habe den Verdacht, daß mit den Bildern etwas gefahren sei. — Der Vorsitzende trägt den Angeklagten, ob er damit sagen wolle, daß die Photographien verändert worden sind. — Der Untersuchungsrichter erklärte, daß Siefert aufeinander die Befragungsbücher vorgelesen habe, daß ihm falsche Bilder gezeigt worden seien, um ihn zu einem Geständnis zu veranlassen. Er habe damals zwei Bilder von Dr. Kopp gesehen und es lasse sich genau erkennen, daß die Sachverständigen der letzten vollkommen übereinstimmen. — Der Sachverständige Dr. Kopp erklärt, daß auf den ersten Bildern Queerlinien hingetragene Linien zu sehen seien, um eine bessere Feststellung zu ermöglichen. In den neuen Bildern fehlen natürlich diese Linien, die lediglich zu einer näheren Erläuterung dienen sollten. Siefert der offenbar annehmen, einen Hauptdolch geführt zu haben, ist den Ausführungen des Sachverständigen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und nun etwas enttäuscht. Er macht noch die Einwendung, daß sich damals gelbe Staubpunkte auf den Photographien befunden haben, die jetzt verschwunden sind. Er habe einen bestimmten Verdacht und zwar nicht schon seit gestern, sondern bereits seit dem 23. Juli. Der Untersuchungsrichter erklärt, daß die beiden Photographien der Fingerabdrücke vom 22. Juli bis 3. Dezember in seinem Besitz gewesen seien und sich stets unter Verschluss befunden haben.

Es wird dann das Protokoll über die Ausdeutung der Zeichen der beiden ermordeten Bürgermeister verlesen. Der Angeklagte wiederholt nochmals, was er damals am Tatort bei der Aufbedung der Leichen gesagt hat und beharrt bei seiner Angabe, niemals am Tatort gewesen zu sein.

Hierauf liest der Sachverständige Medizinalrat Dr. Kopp einen eingehenden Bericht über die Gezierung der Zeichen und erwähnt, daß der Schuh von rechts vorn aufgetroffen habe und das Gesicht die Herangehörige getroffen hat. Der Ringfinger wurde abgetrennt, ein Knochen dabei wahrnehmbar durchbrochen. Die linke Schädeldecke an der Leiche Werners war mit einem scharfkantigen Gegenstande durchschlagen worden und zwar mehrere Male. Auch eine kleine leichte Beschädigung wurde festgestellt. Der Sachverständige geht dann im einzelnen auf die Verletzungen der beiden Ermordeten ein und zeigt dann die beschädigten Kleidungsstücke der Bürgermeister. Als Siefert diese Stoffreste gezeigt werden, betrachtet auch er sie mit lebhaftem Interesse. — Um 1/2 12 Uhr trat eine kurze Pause ein.

Weitere Zeigenaussagen, die Siefert belasten

Nachdem die Verhandlung wieder aufgenommen worden ist, wurden Zeugen vernommen, die Aussagen darüber machen sollten, was Siefert vom Tag des Mordes bis zu seiner Verhaftung getan hat. Hierbei ergeben sich schwere interessante und wichtige Momente. Fast alle Zeugen aus Heidelberg haben Siefert am Abend des Mordtages (Peter und Paul) ungefähr zwischen 10 und 11 Uhr, in der Richtung von der Ziegelhäuser Brücke aus in seine Wohnung zurückkehren sehen. Im Hause seiner Wirtin in Ziegelhausen sah Siefert noch zu Nacht. Die Aussagen der Zeugen sind hinsichtlich der Zeit ziemlich einig. Das ist deshalb bemerkenswert, weil Siefert in seiner Erzählung über die Fahrt nach Jagstfeld erklärte, daß er erst abends mit dem Schnellzug in Heidelberg angekommen sei und zu seiner Rückfahrt nach Ziegelhausen den letzten Straßenzug genommen benützte habe, der von Heidelberg-Karlsruhe nach Schlierbach-Ziegelhausen geht und dort erst um 1/2 12 Uhr eintrifft. Die Aussage Sieferts widerspricht also den Aussagen der Zeugen. Auch der Straßbahnschaffner, der an jenem Abend Dienst hatte, hat bei seiner kommissarischen Vernehmung erklärt, daß er bestimmt sagen kann, Siefert sei nicht auf der Plattform seines Wagens gestanden, wie Siefert angegeben hat. Vor allen Dingen kann er genau erklären, daß am Bahnhof Schlierbach-Ziegelhausen niemand die Plattform verlassen hat. Aus dieser Zeigenaussage ergibt sich ferner die Tatsache, daß fast alle Leute, die Siefert noch am Abend nach seiner Rückkehr gesehen haben, seine außerordentlich gebräunte Gesichtsfarbe aufgefallen ist, was

darauf schließen läßt, daß sich Siefert lange im Freien aufgehalten hat. Dazu sei erwähnt, daß sich in der geistigen Verhandlung Zeugen dahin ausgesprochen, sie hätten einen Mann gesehen, der nach Größe und Kleidung dem Siefert sehr ähnlich sei, sie hätten aber keine Gesichtszüge nicht genau beobachten können, da die Gesichtsfarbe sehr dunkel gewesen sei und der Mann den Hut ins Gesicht gezogen gehabt habe.

In der Vormittagsverhandlung wird dann noch festgestellt, daß Siefert am Tag nach seiner Rückkehr auf seinem Zimmer seine Kleider ausbügelte, die er am Tage vorher getragen hatte, wobei er wahrscheinlich auch versuchte, die Blutflecken aus seinem Anzug zu entfernen, was ihm allerdings nicht gelang.

Hierauf sagte der Vorsitzende zu Siefert: Siefert, leugnen Sie trotz der gegenteiligen Aussagen aller Zeugen, die Sie an jenem Tage in Ziegelhausen gesehen haben und trotz der Aussage des Straßbahnschaffners? — Siefert antwortete: Ich kann nichts anderes sagen, als daß ich erst mit dem letzten Straßenzug nach Heidelberg gekommen bin. Denn ich war an jenem Tage nicht in der Gegend von Ziegelhausen. Die Zeugen müssen sich irren. Ich weiß wo ich war und wann ich zurückgekehrt bin. — Danach vertagte sich das Gericht auf nachmittags 1/4 12 Uhr.

Siefert's Alibi-Beweis ist mißglückt

Heidelberg, 19. Jan. (Drabik.) Die heutige Nachmittags-Sitzung hat sich wieder nicht erfolgreich für den Angeklagten Siefert gestaltet. Siefert war denn auch gegen Schluß des Verhörs ziemlich bedrückt.

Erst sprach nach einigen Zeugenvernehmungen der Untersuchungsrichter über die Fahrt, die Siefert in die Gegend von Heidelberg und Jagstfeld unternommen hatte. Der Untersuchungsrichter erklärte hierzu, daß Siefert tatsächlich am Montag, den 27. Juni, mittags um 12 Uhr, von Heidelberg nach Offenau bei Jagstfeld gefahren sei. Er habe sich dort am Montag und auch am folgenden Tag, vielleicht auch noch in der Nacht zum Mittwoch, aufgehalten. Hier haben sich die Angaben Siefert's bestätigt. Jedoch seine weiteren Angaben, daß er auch noch am Mittwoch, am Donnerstag, sich dort befunden habe, haben keinerlei Bestätigung erfahren. Die Zeugen, die im Anschluß an die Angaben des Untersuchungsrichters vernommen wurden und die Siefert entlasten sollten, verlegten in dieser Hinsicht vollständig. Vor allen Dingen erklärte der Führmann, der Siefert am Mittwoch über den Neckar gefahren haben soll, daß er sich nicht am Mittwoch, sondern am Montag in Heidelberg aufgehalten habe und daß er Siefert nicht am Mittwoch, sondern am Montag über den Neckar gefahren und das erwähnte Gespräch geführt habe. Eine Bestätigung in dieser Richtung war auch die Aussage eines Führmanns aus Offenau. Es ergab sich also, daß jeder Anhalt dafür fehlt, was sich Siefert am Mittwoch aufgehalten hat.

Der Untersuchungsrichter erwähnte noch, daß er fernerzeit Siefert aufforderte, wenn er der Täter sei, so möge er daran denken, daß man die Leichen noch gar nicht gefunden habe, daß es aber eine schwere Prüfung für die in Heidelberg eingetroffenen Angehörigen sei, nicht zu wissen, wo sich ihre Toten befinden. — Siefert antwortete darauf: Wenn ich es wüßte, so würde ich es als ein Mensch, der auch noch ein Herz im Leibe hat, sofort sagen. Wer etwas derartiges tut, ist in meinen Augen kein Mensch mehr.

Nach dem Verlegen der Zeugen über die Offenauer Fahrt

sagte der Vorsitzende zu Siefert: Sie haben also ihren Alibi-Beweis für den Mittwoch nicht erbracht. — Siefert antwortete: Ich habe mich wohl auf die Fahrt aufgehalten, das ist mir selbst dem Führmann über die Karussells hatte. Ich habe mir selbst dadurch eine Wunde geschlagen.

Der Angeklagte hat jetzt entschieden nicht mehr das Vertrauen in seine Sache, denn er sieht mit ziemlich frustriertem Gesicht da. — Es wird noch mitgeteilt, daß die Zeugen am Montag, den 27. Juni, in Heidelberg, wie sie Siefert am Montag zwischen Offenau und Heidelberg gefahren haben will, nicht auf den Stationen aufgefunden wurden. Am Schluß der Sitzung wurde nach einer Entlastungsanfrage für Siefert ausgerufen, deren Ladung gestern vom Verteidiger beantragt worden war. Es ist dies ein junges Mädchen, das im vergangenen Jahr in der Offenauerbahnlinie zu Neckarelz angestellt war. Siefert behauptete, er sei von diesem Mädchen am Mittwoch, dem Mordtage, bedient worden. Als die Zeugin jedoch vortrat, erklärte sie sofort, Siefert nicht zu kennen und fügte hinzu, daß sie nicht wisse, daß sie Siefert Speise und Getränke gebracht habe. Als Siefert erklärte, es sei doch so, antwortete der Vorsitzende: Dann war es eben an einem andern Tag, aber nicht an jenem Mittwoch. Hierauf vertagte sich das Gericht auf Freitag.

Wie man hört, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Verhandlung am Freitag nicht zu Ende gehen wird. Da auf Wunsch des Verteidigers der Samstag verhandlungsfrei bleiben soll, so ist anzunehmen, daß der Prozess erst am Montag, wahrscheinlich aber erst am Dienstag, zu Ende gehen wird. Die beiden für diese Tage angelegten Schwurgerichtssäle werden verhöhen.

Badische Politik

Von einem Sozialisierungs-Platz

Sprechen mehrere bürgerliche Blätter in Baden. Wie liegen die Dinge? In der Freiburger "Volkswacht" Nr. 7 wurde von dortigen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ein Artikel veröffentlicht, der sich in kritischer Weise mit dem Fortschritt in Hintersarten beschäftigt. Dieser Artikel gab der kapitalistisch orientierten Presse den Anlaß, wieder einmal von einem "Sozialisierungs-Platz" zu sprechen. Man muß sich nur wundern, daß diese bürgerlichen Schriftsteller sich nicht schämen, aus einem Einzelfall heraus so wichtige Schlussfolgerungen zu ziehen. Allerdings, in besondere geistige Anstrengungen zu ziehen. Allerdings, in besondere geistige Anstrengungen zu ziehen. Allerdings, in besondere geistige Anstrengungen zu ziehen.

Was bringt der Arbeiter-Fußballsport am nächsten Sonntag

Sonntagsklasse, Gruppe 1: Durmersheim — Rippurt, Gagstfeld — Union Karlsruhe, Arb. Sp. V. Karlsruhe — Durlach. Sonntagsklasse, Gruppe 2: Wisflingen — Wödingen, Wödingen — Stein, Fr. V. Forzheim — Kleinsteinsbach. Klasse A, Gruppe 3: Wulach — Weiertheim, Wulach — Amittlingen, Niebelsheim — Wintenloch, Wödingen — Eggenstein. Die Spiele finden auf den Plätzen der ersten genannten Vereine statt.

Klasse B, Gruppe 4: Weiertheim — Langensteinbach, Weiertheim — Wolfartsweier, Weiertheim — Spielberg. Bezirksleiter: Gg. Gärtnert.

Hg. Dr. Vertheil (Str.) betont, daß derjenige, der den deutschen Städten hilft, auch dem deutschen Volk helfe. Die Gemeindefrage darf nicht parteipolitisch ausgenutzt werden. Alle Parteien erkennen die Not der Städte an. Nur in Württemberg gibt es noch einige Gemeinden, in denen keine Steuern bezahlt werden und wo die Bürger sogar noch Zuschüsse aus den Staatsverfügungen erhalten. Am Schluß seiner Ausführungen gedenkt der Redner den abgetrennten Gemeinden in Obersachsen, die wir nicht vergessen haben.

Hg. Vertheil (Dr.) stellt fest, daß die Deutschnationalen an den Steuererhöhungen nicht schuld seien. Es sei ein großer Fehler gewesen, den Städten die Steuerhöflichkeit zu nehmen. Nachdem man die Städte einmal beschritten hatte, hätte man auch ihre Ausgaben verringern müssen. Das Gegenteil ist aber geschehen. Viele Städte müssen sich jetzt künstlich zurecht machen, um ihren Kredit zu erhalten.

Hg. Rahl (D. Sp.) fordert ebenfalls größere Rücksichtnahme seitens des Reichs für die Gemeinden. Durch die Erhöhung der städtischen Tarife, die vielfach nicht zu umgehen waren, wird am schwersten das Gewerbe betroffen. Der Redner bemängelt die unvollkommene Steuererhebung und bedauert, daß man die bisherigen Steuererheber, die Gemeinden, nicht beibehalten habe. Nach sei es Zeit, jetzt zu machen. Die Städte müßten berat mit Mitteln versorgt werden, daß sie ihren Etat rechtzeitig und ordnungsgemäß ausstellen könnten. Der Staatsplan der Gemeinden hat niemals dem Aufsichtrecht der Länder unterlegen.

Hier wird die Aussprache abgebrochen.

Die Vorlage über die Heranziehung der Frauen zu Schöffen und Geschworenen und über die Gleichstellung der Frau in der Justiz wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag nachmittags 2 Uhr: Anfragen, Arbeitsnachweise, Fortsetzung der Gemeindefrage. Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Kreisverbandssitzung. Mittwoch, 25. Januar, nachmittags 1/2 12 Uhr, findet im Gasthaus zum "Altenhorn", Wilhelmstraße 99, eine Kreisverbandssitzung statt. Schriftliche Einladung ergeht nicht.

W. Kleinsteinsbach, 18. Jan. Am Samstag, 21. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum "Altenhorn" eine Mitglieder-Versammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Volkstreu und Anhänger unserer Partei sind ebenfalls willkommen.

W. Kleinsteinsbach, (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 22. Jan., nachmittags 1/2 12 Uhr, im "Reichshof" Generalversammlung des Sozialdem. Vereins. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

W. Kleinsteinsbach, (Sozialdem. Partei, Sonntag, 22. ds., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur "Kanne" die Generalversammlung statt, wozu sämtliche Mitglieder vollständig und pünktlich erscheinen müssen. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig; auch Freunde unserer Sache, sowie Leser des Volkstreu sind eingeladen.

m. Unterweishaus, 18. Jan. Sonntag, 22. Jan., nachmittags 1/2 12 Uhr, findet im Gasthaus zur "Kanne" die diesjährige Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Tagesordnung: 1. Die Punkte, die in der letzten Mitgliederversammlung nicht erledigt wurden; 2. Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Wahl des Gesamtvorstandes. In dieser wichtigen Versammlung ist vollständiges Erscheinen aller Genossen notwendig.

e. Forst, 17. Jan. Reiten Sonntag fand der 3. Bildungsvortrag unserer Partei statt. Genosse Hauptlehrer Maier aus Weingarten hielt einen Vortrag über Schulfragen, wofür ihm von den Anwesenden reichlich Beifall zuteil wurde. In der Diskussion sprach noch Genosse K. u. S., der in sachlichen Worten auseinandersetzte, wie sich die Sozialdemokratische Partei zur Kirche stellt. Die Versammlung war sehr reichhaltig und sehr fruchtbar zu wünschen, daß die Vorzüge von den Parteigenossen sowie von der ganzen Arbeiterschaft besser beachtet werden. In Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit ist heute kein Anlaß.

Gemeindepolitik

Wahlrecht. Der Bürgerausweis hat sich mit der Vornahme eines außerordentlichen Solzhebens von 2500 Festmetern einverstanden erklärt, dessen Reinerlös zur Verzinsung der Schulden der Stadt verwendet werden soll. Ferner erklärt er sich damit einverstanden, daß für den Umbau des Ordnungsbüros vom Gleichstrom auf Dreistrom weitere 710 000 M durch Kapitalaufnahme bestritten werden.

Bewerkschaftliches

Zwei Welten

Die "Betriebszeitung", die als gemeinsames Organ für Arbeiter- und Angestelltenrat jetzt erscheint und von dem ADGB und der IFA herausgegeben wird, liegt in ihrem Januarheft vor. Diese Zeitung erwartet ihre Leser mit Spannung von Heft zu Heft, denn ihr Inhalt ist in der Tat nicht nur sehr reichhaltig, sondern stellt ein Werk vom Anfang bis zum letzten Zeile. Den neuen Jahrgang leitet ein Aufsatz "Zwei Welten" ein, der uns die Welt, in der man "von unten" nach oben" und die Welt, in der man "von unten" nach unten" sieht, schildert. Es folgen Aufsätze über das Judenmonopol, Preis und Wucher, die Arbeit des deutschen Werkschaffers, über "Grobhische Darstellungen", den "Willen zur Arbeit", die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses, den Gesetzentwurf für die Kreditgemeinschaft der deutschen Gewerbe. Eine Karte von Australien und ein zugehöriger Aufsatz dienen der wirtschaftsgeographischen Sichtung. Unter "Gefeh und Recht" erscheint die Sammlung von Sprüchen der Schlichtungsausschüsse, die heute unentbehrliches Material bietet.

Die Zeitung ist durch jedes Postamt zu beziehen (vierteljährlich 3 M), sofern sie nicht durch die Organisation bezogen wird. Infolge der Zieländerung haben zahlreiche Postämter die Abonnementannahme verweigert. Die Entragung steht im Katalog des Postzeitungsverzeichnisses. In Berlin ist die Zeitung in den Kiosken käuflich.

Jugend und Sport

Was bringt der Arbeiter-Fußballsport am nächsten Sonntag

Sonntagsklasse, Gruppe 1: Durmersheim — Rippurt, Gagstfeld — Union Karlsruhe, Arb. Sp. V. Karlsruhe — Durlach. Sonntagsklasse, Gruppe 2: Wisflingen — Wödingen, Wödingen — Stein, Fr. V. Forzheim — Kleinsteinsbach. Klasse A, Gruppe 3: Wulach — Weiertheim, Wulach — Amittlingen, Niebelsheim — Wintenloch, Wödingen — Eggenstein. Die Spiele finden auf den Plätzen der ersten genannten Vereine statt.

Klasse B, Gruppe 4: Weiertheim — Langensteinbach, Weiertheim — Wolfartsweier, Weiertheim — Spielberg. Bezirksleiter: Gg. Gärtnert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

„Monarchistische Propaganda in der Schule“

Zu unseren beiden Artikeln, welche in der Samstag- und Montagnummer des „Volksfreund“ enthalten waren und die betreffende Lehrerzeitung tragen, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt:

Das zitierte Besmannsche Lesebuch darf seit mehreren Jahren nicht mehr angeschafft werden. Es wurde früher im 2. und 3. Schuljahr als sogen. Nachlesebuch für den heimatischen Unterricht verwendet, weil der Stadtschulrat den Eltern die Ausgabe nur für die unbedingt nötigen Vermittel zumuten will. Die jetzige Benutzung des Lesebuchs durch einen Volksschullehrer geschah ohne Vorwissen des Volksschulrektors. Der in Frage kommende Lehrer erklärte, daß er das Buch nur im Interesse der schwächeren Kinder benutzt habe, um die einzelnen Lesestücke nachzugehen zu lassen, die er im heimatischen Unterricht bei der Behandlung der Geschichte der Stadt Karlsruhe durchgenommen hatte. Von Auswendiglernen sei keine Rede gewesen. Ist das Buch noch im Besitz von Kindern der Klasse, die im Alter von 9 Jahren sind, so haben sie es von älteren Geschwistern oder es ist ihnen von Freunden geschenkt worden. Die Absicht aber — und darauf kommt es an — durch diese Erzählungen monarchistische Propaganda treiben zu wollen, habe dem betr. Lehrer nach seinen Angaben völlig ferngelegen.

Der Stadtschulrat hat nunmehr angeordnet, daß das Besmannsche Lesebuch im Unterricht überhaupt nicht mehr benutzt werden darf; ferner hat auch das Unterrichtsministerium die geeigneten Schritte unternommen, damit ähnliche Vorkommnisse, wie die in den Artikeln des „Volksfreund“ kritisierten Vorfälle, verhütet werden.

Unrichtig jedoch ist nach den vorgenannten Erhebungen und nach der eigenen Erklärung des Lehrers die Behauptung des „Volksfreund“ im Schlußsatz seines Montagartikels, die Kinder hätten auf Freitag, 18. Januar, das Stück Nr. 24 des Lesebuchs: „Der deutsch-französische Krieg 1870/71 auswendig lernen müssen. Wenn in diesem Zusammenhang der Krieg nicht berührt worden ist, kann der betr. Lehrer auch die Aufgabe, das in Frage kommende Lesestück nachzugehen, nicht gestellt haben.“

Anmerkung der Redaktion: Diese „Mißbilligung“ bietet mehr wie eine Angriffsfläche. Die Darstellung des betr. Lehrers bei der zuständigen Stelle differiert sehr mit dem, was wir in der Sache ermittelt haben und durch Zeugnisse bestätigt ist. Die Kinder mußten die Lesestücke „Großherzog Friedrich I.“ und „Großherzogin Luise“ wörtlich nachsprechen, infolgedessen mußten sie eben auswendig gelernt werden. Wer sie nicht herlesen konnte, erhielt 2 sog. Tadeln. Auch die Behauptung, daß das Buch nur dadurch in die Hände der Kinder kam, daß sie es von älteren Geschwistern oder von Freunden geschenkt bekommen“ stimmt nicht, denn in einem Falle können wir den Beweis erbringen, daß ein Schüler, der von auswärtig zugog, das Buch vom Lehrer bekam und daraus fleißig nachzulesen mußte. Auch lagen Anzeigen, daß sie das Stück Nr. 24 „Der deutsch-französische Krieg“ vordem lernen mußten, ob auf Freitag, 18. Januar oder einen andern Tag, spielt dabei eine nebenstehende Rolle.

Am dem Wesentlichen unserer Beschwerde und dem, was die Öffentlichkeit interessiert, wird jedenfalls auch durch obige „Mißbilligung“ nichts geändert. Was der Stadtschulrat jetzt tut, nachdem die Sache an die Öffentlichkeit gekommen ist, nämlich das Besmannsche Lesebuch im Unterricht zu verbieten, hätte er früher tun müssen. Er muß wissen, welcher Stoff in der Schule verwendet wird. Der Lehrer kann jetzt leichter gut sagen, eine Absicht, durch diese monarchistische Propaganda treiben zu wollen, hätte nicht vorgelegen. Im Effekt kommt es aber darauf hinaus. Wer leben in der Republik und wollen sie erhalten und da brauchen wir heute den Kindern keine rührenden Erzählungen über gewesene Potentaten zuzuschicken.

Tendenziell dürfen wir die Genugtuung haben, daß der Protest entwürfelter Eltern nicht umsonst der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Das Buch ist jetzt verboten und wir können unsere Lehrer nun empfehlen, den alten Kuratenschüler wo sie feiner habhaft werden können, in den Ofen zu stecken. Mehr ist er nicht wert.

Kleine Nachrichten

Mains. Vom 1. Januar ab sollten auch die Rheinschiffe die neuen Bandelflaggen führen, das heißt die schwarz-weiß-rote Flagge mit dem schwarz-rot-goldenen Querschnitt. Die großen Reedereien weigern sich aber, diese Flagge zu führen und man sieht ihre Schleppdampfer unter den preussischen Farben auf dem Rhein fahren.

Berlin. 22 000 Angeklagte. Von dem Weltkongressinhaber Karl Adhyn ist gegen sämtliche an dem Kongress beteiligten gemessenen Einleger wegen Glücksspiel bezw. Beteiligung am öffentlichen Glücksspiel und Weisung zum Vergehen gegen das Glücksspielgesetz oder zum Vergehen gegen den § 3 des Totalitarergesetzes Anzeige erstattet worden. Sollte die Anzeige von Erfolg begleitet sein, so würden allein für Berlin 22 000 Einleger als Angeklagte in Frage kommen.

Basel. Die Absicht, schweizerische Arbeiter im französischen Wiederbaugelände zu beschäftigen, nimmt fester Gestalt an. Im Februar wird sich eine Arbeiterdelegation in die zerstörten Gebiete begeben, um an Ort und Stelle die Ernährungs-, Arbeits- und hygienischen Bedingungen zu untersuchen. Es besteht die Möglichkeit, mit der französischen Regierung zu einem Abkommen über die Teilnahme schweizerischer Arbeiter am Wiederaufbau zu gelangen.

Golmar. Große Eisenbahndiebstähle sind auf dem Bannebohnhof entbedt worden und die Verhaftung der Täter hat ergeben, daß diese zum Teil aus dem Badischen und Württembergischen stammen. In einer Wohnung hier wurde ein ganzes Lager der gestohlenen Stoffe entdeckt.

Strasbourg i. E. Große Diebstähle in der Cooperative militäre sind durch einen merkwürdigen Zufall ans Tageslicht gekommen und haben vor der Strafkammer jetzt ihre Sühne gefunden. Vor etwa einem Jahr fand ein Postamt auf der Straße einen Zettel, der aus einem oberen Stockwerk eines Hauses von einem Dienstmädchen herausgeworfen worden war, indem das Mädchen um Befreiung aus unfreiwilliger Haft bat und zugleich Angaben über Veruntreuungen in der Cooperative militäre machte. Die Untersuchung ergab, daß das Mädchen von ihrer Dienstherrin in Haft gehalten wurde, weil es von anderen Personen bezogen hatten. In der Wohnung fand man ein ganzes Warenlager, das aus der Cooperative militäre stammte. Insgesamt 18 Personen, die in die Diebstähle verwickelt waren, wurden nun von der Strafkammer mit mehrmonatigen Gefängnis bestraft.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. Januar. Geschichtskalender

20. Januar. 1891 Erstmaliges Erscheinen des „Correspondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“. — 1900 Der englische Schriftsteller John Austin in Genöfen.

Karlsruher Parteinaechrichten Sozialdem. Bürgerausbildungskasse. Die auf heute anberaumte Fraktionsstimmung findet umständehalber erst am Montag abend 1/6 Uhr statt.

Zur Fahrpreiserhöhung auf der Albtalbahn Der teure Vorortverkehr

Die schon kurz mitgeteilt, wird die Albtalbahn auf 1. Februar ihre Tarife erneut erhöhen. Wenn sie auch sonst nicht so stinkig ist, aber bei Erhöhung der Tarife streng sie sich mächtig an, mit bei der Partei zu sein und an einer Stelle zu rangieren. Die jeweiligen Tarifserhöhungen haben bei vielen die Albtalbahn benutzenden Arbeitern und Beamten außerordentlich ungünstig auf das Familienbudget gewirkt, so daß die Abwanderung eine sehr hohe ist. Von Ruppurr und von Griesheim legen viele zu Fuß den Weg zur Arbeitsstelle zurück, von Griesheim benutzten Arbeiter, die in der Karlsruher Eisenbahnhauptwerkstätte beschäftigt sind, aus begrifflichen Gründen die Staatsbahn und der andere Teil der Gießinger regelmäßigen Fahrpläne und diejenigen des Albtals müssen eben zugunsten der Fahrpreise bezahlen, die die Leitung der Albtalbahn für „angemessenen“ hält. Welch große Abwanderungen die vorgesehenen Tarifserhöhungen zur Folge haben, ja haben müssen, darüber geben am besten die „Statistischen Monatsberichte“ der Stadt Karlsruhe für die Monate Juli, August und September Aufschluß. Es heißt dort:

Die Albtalbahn befördert in den drei Berichtsmontaten ab Karlsruhe und Ruppurr 255 400 Personen, also 18 000 weniger als im 2. Vierteljahr 1921. Auf Station Reichstraße beträgt der Rückgang nur 2450 Personen; in Ruppurr dagegen 15 850. Vor allem sind es hier die Schülermonatskarten, die von 16 200 auf 7800 zurückgingen. Die allgemein gültigen Monatskarten, die von 32 400 auf 21 780 sanken und endlich die Schülerwochenkarten, von denen 6521, d. h. 8220 weniger, gelöst wurden. Dagegen gingen die sechs Tage gültigen Arbeiterwochenkarten um rund 5600, d. h. auf 16 272 in die Höhe. Auf Station Reichstraße sank vor allem die Zahl der einfachen Fahrkarten um 15 000, d. h. auf 69 100, die der ermäßigten Rückfahrkarten um 5400, die allgemein gültigen Monatskarten um 12 000, d. h. auf 81 280, und die Schülermonatskarten um 5140, während auch hier die sechs Tage gültigen Arbeiterwochenkarte um 1700 Stück, d. h. auf 6048, in die Höhe ging. Zeitgemäß wurde aber der Ausfall, wie schon erwähnt, bis auf einen geringen Rest durch die seit 1. Juli eingeführten Sonntagskarten, von denen 37 824 gelöst wurden (bisher noch 1186 in Ruppurr). Von den Dauerkarten verloren also insgesamt die allgemein gültigen Monatskarten 22 680 Fahrpläne, die Schülermonatskarten 13 840 und die Schülerwochenkarten 4330. Dafür gingen die sechs Tage gültigen Arbeiterwochenkarten um rund 7800 Benutzer in die Höhe.

Dieser Statistik geht einwandfrei hervor, daß im Vorortverkehr die Frequenten ganz bedeutend nachgelassen hat, daran ändert auch der Konjunktur mit den Sonntags- und Arbeiterwochenkarten gar nichts. Die Tarife haben einfach die Grenze des Erträglichen überschritten und eine weitere Erhöhung wird neben großer Verödung noch eine größere Abwanderung zu bezeichnen haben. Daß dies im Interesse einer gesunden Entwicklung der Bahn, des Vorortverkehrs und einer vernünftigen Wohnungspolitik liegt, muß ganz entschieden verneint werden, denn schließlich wurde die Bahn doch gebaut, um die Personen zu befördern und nicht um ihnen das Fahren unmöglich zu machen. Daß der Vorortverkehr in Karlsruhe nicht den Bedürfnissen entspricht, ist so allgemein bekannt. Was aber die Höhe der Tarife anbelangt, steht er so ziemlich an höchster Lehr. Die billige A. B. der Berliner Vorortverkehr nach ab 1. Februar eine Monatskarte für 3. Klasse 50 M. kostet bisher 25 M.). Dabei kann man nicht einsehen, daß die größte Zahl der Arbeiter und Beamten, die in die Stadt zur Arbeitsstelle fahren wollen, die Tarife nicht mehr bezahlen können.

Frauenversammlung

Gestern Donnerstag hielt die Frauenfektion des Sozialdemokratischen Vereins eine Frauenversammlung ab. Die Vorsitzende machte zunächst die Anwesenheit darauf aufmerksam, daß im neuen Jahre jeden Monat eine Versammlung stattfindet.

Es sprach sodann Gen. Dr. E. Müller von der städtischen Preisverleihungsstelle über „Die Not der Hausfrauen“. Redner ging einleitend in seinem sehr inhaltreichen Referat auf die Ursachen der Jugendverwahrlosung, sowie ihre Hebung in die freie Wirtschaft an. Die Folgen der Verwahrlosung der Jugendverwahrlosung, die leider selbst ein Teil unserer Genossen geworden haben, waren: Preisverfall auf Preisverfall. Das schäufte auf diesem Gebiet kommt erst jetzt noch; es ist in diesem Zusammenhang auf die Typographie Erhöhung des Brotes, der Verteuerung der Kleiderpreise und Kohlen hingewiesen. Dr. Müller zeigt an Hand von Beispielen die unersättliche Gier der mittelständischen Bauern nach Geld, das sie sich in fruppeliger Weise durch Schnapsbrennung verdienen. Die scheinbare Abnugungsmittel fülle rührt von der Kaufunmöglichkeit der Arbeiter her, die mit den allgeringsten Lebensmitteln ihr Leben fristen müssen.

Für die Hausfrauen handelt es sich zunächst darum, die städtischen Preisprüfungsstellen wirksam zu unterstutzen, die durch die neuen Rechte die Möglichkeit haben, alle Angelegenheiten sofort an Ort und Stelle nachzuprüfen. Den Ausschluß des Zwischensandes erreicht der Zusammenschluß aller Konsumenten an den Konsumvereinen, die dann ihre Naturalien direkt vom Erzeuger beziehen können. Stabile Preise wären eine weitere Folge. Der Referent forderte zum Schluß die Anwesenenden zum sofortigen Eintritt in den städtischen Lebensbedürfnisverein auf.

An der anregenden Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Fischer, Anders, Ehrenmann, ferner die Genossinnen Schweserdi und Stoll. Ihre Ausführungen unterstutzen größtenteils den Appell zum Eintritt in den städtischen Lebensbedürfnisverein. Beschriebene gedehnte Anzügen der Handelnde der Referent noch in jenem Schlafwort.

Genossin Stoll gab den Bericht der Kinderbeschäftigungskommission, von dem mit der Befriedigung Kenntnis genommen wurde.

Uebersetzung von Krediten

Mit nicht weniger wie 5 Vorlagen, die die Genehmigung der Kreditüberföhrung bezwecken, hat sich die nächste Bürgeraus-

schußung zu befassen. Hervorgehoben sind die Ueberschreitungen durch die fortwährende Verteuerung der Materialien, Erhöhung der Frachttarife und Löhne usw. Man muß sich tatsächlich wundern, daß die Städte, die doch außerordentlich unter der Materialteuerung und dem Materialwucher leiden, nicht einmal ganz entchieden Abhilfe fordern, sondern doch hauptsächlich in der Sozialisierung des Bergbaues, besonders des Kohlenbergbaues und der Wollstoffindustrie liegt. Aber davon hört man herzlich wenig.

Für außerordentliche Unternehmungen beim Gaswerk ist eine Kreditüberföhrung von 2 125 000 M. zu konstatieren. Davon entfallen auf die Neubauten im Gaswerk II für Ofenanlage, Apparatehaus, Transformatorstationen, Ammoniakfabrik usw. 1 200 000 M. und auf die Schlackenfabrik und Brauchwasser 1 125 000 M. Die Wirtschaftlichkeit der Ammoniak- und Schlackenfabrik berechtigt zu guten Hoffnungen. Der Ausbau der Schwemmanalation erfordert einen Mehraufwand von 2 400 000 M., jedoch der Gesamtaufwand 7 660 000 M. beträgt. Von dieser Summe gehen 1 003 400 M. ab, welche die Stadt vom Staat für produktive Erwerbsloshilfe erhält, jedoch der Stadt endgültig ein Aufwand von 6 656 000 M. verbleibt.

Die Ueberschreitung des Kredits für die Erneuerung und Ergänzung der Gasanlage im Gaswerk Ost wird auf 200 000 Mark veranschlagt und diejenige für die Gasverteilungsanlage auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks I auf 300 000 M. Die neue Gasverteilungsanlage war im Interesse der Gasversorgung der West- und Südweststadt und von Dazulanden notwendig.

Der Kostenboranschlag für den Ausbau des Straßensahnes durch Erbauung der Ost-West-Linie wurde um 1 578 820 Mark und diejenige der Gasanlage durch die Ruppurr- und Rottelstraße um 11 000 M. überschritten.

Eine weitere Vorlage, die dem Bürgerausföhrung zuging, betrifft die Uebersetzung der Bestimmungen über die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten. Reich und Staat haben im Anschluß an die letzten Aufstellungen der Beamtengehälter auch eine entsprechende Uebersetzung der zugehörigen Beamten und Hinterbliebenen eintreten lassen, wobei die vom 1. Oktober 1921 an gültigen Grundgehälter und Ortszuschläge zugrunde gelegt werden. Diefelbe Uebersetzung soll den städtischen Beamten ebenfalls genehmigt werden.

(-) Auf einer Winterportratte föhlich veranlaßt, ist der cand. med. Adolf Cramer von hier, Sohn des Dr. med. Theodor Cramer. Bei einer Ferienfahrt in den Tiroler Alpen wurde er von einer Lawune überrollt und fand den Verstand verlor.

Landwirtschaftlicher Vortragskurs. Einer der beiden großen Vortragskurse der Badischen Landwirtschaftskammer findet in diesem Jahre in Karlsruhe statt, und zwar am Mittwoch, den 25. Januar, und Donnerstag, den 26. Januar, im kleinen Festsaal der Stadt. Es werden hervorragende Männer der Wissenschaft und Praxis hierbei Vorträge halten. An den Redemittagen finden jeweils Besprechungen der einzelnen Vorträge statt. Die Vorträge sind nicht nur für die großen Landwirte, sondern bieten auch dem Kleinbauern neue Anregungen für ihre Wirtschaft. Der Besuch wird sich daher für jeden Landwirt lohnen.

Landestheater. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die am Freitag, den 20. Januar stattfindende Wiederholung der Oper „Der Schatzgräber“ dadurch für besonderes Gedränge empfängig, daß der Komponist Franz Schreker, die Aufföhrung am Dirigentenpult leiten wird.

Landestheater. Zu dem dreitägigen Drama „Anna Bolshyn“ von Emil Verward, das am Samstag, dem 21. Januar, seine hiesige Uraufföhrung erlebt, ist für die Dichtung mit dem Reg. Mehner-Breis ausgezeichnete Verfasser bereits in Karlsruhe eingeflossen und nimmt an den letzten Proben teil. Er wird auch der Uraufföhrung seines Werkes beiwohnen.

Der Verband der Sattler, Tapezierer und Vorsteuher Deutschlands veranlaßt am Sonntag abend 1/6 Uhr in der „Walhalla“ eine Abendunterhaltung mit nachfolgendem Tan z. U. a. wirken die Freie Turnerföhrung und die „Kassalla“ mit. Ein reicher Gabentempel ist ebenfalls vorhanden. Da der Eintritt frei ist, so darf auf einen zahlreichen Besuch seitens der Arbeiterföhrung gerechnet werden.

Bis zu 4 Stellen Vereinsanzeiger

- Reichs- (Arbeiter-)Kadefahrer-Bund „Solidarität“, Sonntag, 22. Jan., nachmittags, Zufan amenskunft bei unferm Mitglied zur „Palme“, Reisingströge. Jährliches Erscheinen erwünscht. 2770
Karlsruhe-Wählung. (Gemischter Chor Bruderverbund) Wir machen unsere Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß kommenden Sonntag, 22. Jan., nachm. 4 Uhr beginnend, im Lokal zur „Stadt Karlsruhe“, Rheinstr., unsere Generalversammlung stattfindet. — Vorher, mittags 2 Uhr, Kinobesuch probe. Der Wichtigkeit halber wird um vollzähliges Erscheinen gebeten. 2778
Karlsruhe. (Freie Turnerföhrung — Winterportabteilung) Morgen Sonntag Abfahrt 6.40 abends — Sonntagabende Raummangoch-Oberal. 2779
Karlsruhe. (Vollchor Karlsruhe-Weil.) Heute abend 8 Uhr Singabend. Morgen abend 8 Uhr im „Reinanal“-Sängerabend. Infolge wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen jeden Sängers Ehrenpade. 2280
Durlach. (Arbeiterportverein.) Heute Freitag, abends 8 Uhr, Spielerverammlung im „Lohn“. [1085 Der Spielleiter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgöbe. Dr. Fern. Ketterer von Rothweil, Amtmann hier, mit Margaretha Maria Mundt von Jilpich. Gust. Verberich von hier, Eisenarbeiter hier, mit Elsa Gilling von Durlach. Wilh. Reng von Mannheim-Neckaru, Maurer alda, mit Gertrud Weber von Weisenbach. Hellmuth Hering von hier, Kaufmann hier, mit Johanne Engel von hier. Felix Köpfer von hier, Kaufmann hier, mit Sophie Wöber von Wiesbaden. Rob. Dantmann von hier, Polizeileutnant hier, mit Alice Kater von hier. Karl Diebe von hier, Schlosser hier, mit Emilie Leske von hier. Alb. Meisinger von Neuenburg, Hof-O.-Seiger hier, mit Berta Marbach von Geroltsheim.

Geburten. Josefa Amalie, B. Alois Eisele, Polizeimachmeister. Ruth Liselotte, B. Alfred Keller, Verm.-Sekretär. Belet Gottfried, B. Eugen Zug, Prof. Erich, B. Ant. Baumhartz, Reifschmid. Elfriede Anna Maria Luise, B. Dr. Otto Birkendahl, Mathematiker. Gerhart Otto Julius, B. Dr. Edgar Gierde, Prof. Kurt Helmut, B. Franz Doll, Straßenbahnschaffner. Arthur Josef, B. Josef Throm, Straßenbahnschaffner. Anna Maria, B. Wilh. Willmayer, Händler. Walter Hermann, B. Fern. Herlan, Posthelfer. Alb., B. Rob. Blum, Magasinab.

Todesfälle. Lorenz Wepler, Weichenwärter, Ehem., alt 45 Jahre. Silba Bertelli, Schwesternföhrerin, alt 17 Jahre. Emilie, alt 11 Tage. E. Viktor Mayer, Kanalgewerke. Wilh., alt 5 Monate 7 Tage. B. Josef Knopf, Jandlarb. Georg Eiter, Stellverlaufseher, Ehem., alt 50 Jahre. Georg Eitredt, Schuhmacher, alt 77 Jahre.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuillier Deutschlands
Filiale Karlsruhe.
 Am Samstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Saale der „Walhalla“, Augustenstraße
Abend-Unterhaltung
 verbunden mit
Gaben-Verlofung und Tanz
 unter Mitwirkung des Arb.-Gesangvereins „Lafalla“ und der „Freien Turnerschaft“, Abteilung Südstadt.
Pracht-Gabentempel.
 Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.
Eintritt frei.
 Der Vorstand.

Wanderklub Schwarzwaldhöhen
 Karlsruhe.
 Zu dem am Sonntag, den 22. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, im Saale des „Burg-Hotels“ hier stattfindenden
I. Stiftungsfest
 mit anschließendem Ball sind alle Freunde und Gönner herzl. eingeladen.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Frauen- u. Mädchenchor
 Karlsruhe
 Mitglied des deutschen Arbeiterfängerbundes.
 Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr beginnend, findet im Saale zur „Walhalla“, Augustenstraße, eine
Winter-Feier
 bestehend in Konzert, Theater-Aufführungen und darauffolgendem **TANZ** statt.
 Hierzu laden wir die verehrten Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins mit dem Ersuchen um zahlreiches Erscheinen freundlichst ein.
 Da der Eintritt für Jedermann frei ist findet zur Deckung der Unkosten eine **Geldsammelveranstaltung** statt, wozu noch freiwillige Spenden über Gaben gerne angenommen werden.
 Die Verwaltung.

Welt-Kino, Kaiserstr. 133.
Die Schmuggler-Insel
 8. Episode des Riesen-Original-Amerikaner-Sensationsschlagers
Der Zirkuskönig
 in der Hauptrolle: Eddie Polo.
 Ausserdem: Ein ungelungenes Lustspiel.

Geschäfts-Verlegung.
 Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt
Stefanienstr. Nr. 94, part.
 am Kaiserplatz, Ecke Baischstraße
Winschermann G. m. b. H.
 Kohlen- und Brennholzhandlung.
Kroko-Elite-Creme
 erhält die farbigen Schuhe in Weissheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. In 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
 Alleinige Hersteller: Kurt & Helm, dem. Fabrik, Haffalt. 6571

Maßstatter Anzeigen.
Speiselarzoffelabgabe
 Freitag und Samstag in dbr. Fruchthalle.
Paul Mühlenhaupt
 Delikatessen und Lebensmittel
 Kapellenstr. 3 Maßstätt Telefon 526
 Große Auswahl in
nord- und süddeutschen Wurstwaren
Aufschnitt - Wild und Geflügel
geräucherte Fische, Fischmarinaden
Eier - Butter - Käse
Wein - Cognak - Liköre
Tee - Kakao - Kaffee - Kekse
Bumperrichel u. Roggenjährtrot

Inventur-Ausverkauf
Schluß: Samstag, den 21. Januar
W. Boländer Kaiserstraße 121

1. Abt. Sport-Klub Germania-Sportfreunde
 Karlsruhe.
 Geschäftsstelle: Kapellenstr. 12

Am Samstag, den 21. Januar, abends 7/8 Uhr, findet im Lokal „Grüner Baum“ am Darlacher Tor, unsere
Monatsversammlung
 statt. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Voranzeige. Sonntag, 29. Januar, abends 7 Uhr, im „Friedelschot“
Kostümball. Eintrittskarten im Vorverkauf: Sporthaus Heier, Zigarrenhaus Pfeifer und im Lokal „Grüner Baum“. Mitglieder 6 Mk., Nichtmitglieder 12 Mk., einschließlich Tankkarte und Steuer. Am Abendkasse-Mittag 8 Mk. und Nichtmitglieder 15 Mk. - Für Mitglieder findet der Vorverkauf nur im Lokal am Büttel statt.

Residenz-Lichtspiele
 Waldstraße 30 Telefon 5111
Mur noch heute!
Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm
 Das Mädchen aus der dunklen Gasse
 Großstadtbild in sechs Akten von H. Grimann.
 In der Hauptrolle: **Lee Parry**
 Gerh. Ritterband, Arthur Warlan, Else Wagner, Felix Heck.
Cello-Vortrag von Fräulein Hertha Voilmair.
Mester-Woche Nr. 1
 I. Berlin: Zum Ableben des bekannten Heerführers Generaloberst von Beseler.
 II. Windsturm in der Nordsee.
Voranzeige: 2240
 ab Samstag, den 21. Januar 1922
Die Abenteurerin von Monte Carlo
„Der Mord-Prozess Stanley“
 in der Hauptrolle: Ellen Richter.

K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX-ALPANNIA
 Sportplatz Fasanengarten.
 Vereinslokal: „Goldener Adler, Karl-Friedrichstraße“ (Tel. 2596).
 Postscheckkonto 28350
 Girokonto: Städt. Sparkasse 3720.
 Übungshalle Marstall
Sonntag, 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr,
FC. Freiburg
Phönix
 9 1/2 Uhr: III. V. und VII. Mammoch-Training
 11 Uhr: VI. gegen Durmersheim II.
 1 Uhr: II. reg. Wiesental (C-Meister).
 Abends:
 Familien-Zusammenkunft im „Gold. Adler“.
Jugendabteilung:
 Heute Freitag und morgen Samstag jeweils nachmittags von 4-7 Uhr, werden im Vereinslokal „Goldener Adler“ die neuen Mitgliedskarten für 1922 ausgeben. Eintritt zum Spiel gegen Freiburg nur gegen Vorzeigen der neuen Mitgliedskarte. [1066]

Th. Zenker Kaiserstr. 61
 gegenüb. der Hochschule
Mützenmacherei Hüte, Mützen, Sport-Artikel, Schirme, Uniformen, Hüte, Stöcke, alter Hüte

Freie Turnerschaft V. Baden und Geroldsau.
 Samstag, 21. Januar, abends 7/8 Uhr, in Simers Saalbau [1054]
Großes Saalfest
 mit turnerischen Vorführungen allerersten Ranges
 sowie darauffolgendem **Tanz-Vergnügen**
 Der Zutritt ist jedermann gestattet.
 Programm am Eingang.

Hand-Käse
 1 Stück Mk. - 75
 10 Stück Mk. 7.25
 Originalkäse 40 Stück Mk. 42.-
 Ferner eine Partie reife
Weiche Handkäse
 1/2 Pfund Mk. 3.-
 Originalkäse Mk. 36.-
 sowie diverse weitere Käsesorten in nur guter Qualität empfiehlt.
W. Kloster
 Waldstr. 61 (Ludwigsplatz). - Tel. 1837.

Durlacher Anzeigen.
Mieterschutzverein Durlach.
 Wir laden unsere Mitglieder zu der am Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Samstagslokal stattfindenden
General-Versammlung
 höflichst ein. Tagesordnung im Votat.
 Anträge zur Generalversammlung sind bis Freitag abend 6 Uhr einzureichen. Schriftliches Erscheinen erwünscht.
Gemeinnützige Bannengesellschaft Aue d. D.
 Laut Beschluß der Generalversammlung vom 3. Dezember 1921 ist die Verbandsjahrsversammlung mit der Bannengesellschaft Durlach mit dem 1. Januar 1922 in Kraft. Es ist deshalb die Liquidation der gemeinnützigen Bannengesellschaft Aue erforderlich und nach § 85 werden sämtliche Gläubiger aufgefordert, ihre Guthaben an die Bannengesellschaft zu fordern.
 Aue, den 18. Januar 1922. [1068]
 Die Liquidator: u. Christian Dahn, Verm. Keller, Goltze, Waldfahrburger

Badisches Landestheater.
 Freitag, den 20. Januar, 5 1/2 u. 9 1/2 Uhr. [1040]
 Unter der Leitung des Komponisten
 - Professor Franz Schreker -
Der Schatzgräber.

Im Landestheater. Spielplan vom 20. Januar bis 31. Januar 1922.
 Sa. 21. Uraufführung „Anna Boleyn“ Drama in 3 Akten v. Emil Bernhard. 7 (25.-) - So. 22. nachm. 2 Uhr. Volksbühne „Der Froschkönig“. Abends 8 Uhr „Carmen“ (60.-) - Die 21. „Die Zauberköche“ 7 (40.-) Th. Gem. B. V. B. Nr. 2001 bis 2250. - Mi. 25. Volksbühne E 3. „Der Freischütz“ 7 (40.-). - Do. 26. „Traviata“, Ungarische Tänze von Brahms 7 (40.-) - Fr. 27. Volksbühne G 1 zum erstenmal: „Freund Heißsporn“. Lustspiel in 3 Aufzügen von Emil Göttsch 7 (25.-) - Sa. 28. „Anna Boleyn“ 7 (25.-) - So. 29. vorm. 11 1/4 in der Wandelhalle des I. Rangs Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbands: Vortrag von Dr. Karl Wollf, Dramaturg des Sächsischen Landestheaters Dresden. - Vom Sinn und Unsinn des Theaters (6.-) für Mitglieder des Theaterkulturverbands 3.- an der Theaterkasse; abends 8 1/2 Uhr Uraufführung: „Liebesmacht“ Oper in 3 Akten von Rudolf Lothar. Musik von Alfred Lorenz. (60.-) - Die 31. Volksbühne G 2 „Freund Heißsporn“ 7 (21.70).
Im Konzerthaus. So. 22. „Liselott von der Pfalz“ F 5 „Kabale und Liebe“ 7. - So. 29. „Börsenlieber“ 7 (21.70).
 Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Freitag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).
 Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, d. 21. Januar nachmittags 4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 23. Januar an.

Konzerthaus
Badische Lichtspiele
 Zum Spielplan des 21. und 23. Januar haben von Jugendlichen nur Mädchen vom 14. Lebensjahre ab Zutritt.
 Spielplan für Mittwoch, den 25., Samstag, den 28. Januar u. Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr und 8 Uhr abends.
Besteigung des Monte-Rosa auf Skiern.
Afrika im Film
 mit Vorträgen. 2270
 Verkaufsstellen siehe Anschlagstafeln.

Todes-Anzeige.
 Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester
Lina Hartmann
 geb. Spitz
 infolge einer schweren Operation im Ludwig-Spittels-Krankenhaus in Karlsruhe am Mittwoch, dem 19. ds. Mts., nach 9 Uhr sanft entschlafen ist.
 Beigarten, den 21. Januar 1922.
 Die trauernden Hinterbliebenen: Friedrich Hartmann nebst Kind Familie Lorenz Spitz Familie Andres Hartmann.
 Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 3 Uhr vom Elternhaus, Wägenstraße 2 aus statt. [1067]

Trauerhüte
 in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Gebrüder Scharff
Vollreis Pfd. 7.- und 8.-
Gedörrte, kalte Pflaumen 2 Pfd.-Dose 11.50
Karotten 2 Pfd.-Dose 9.-
Erbsen 2 Pfd.-Dose 9.50
 letztere nur in Verbindung mit Karotten
Pflanzenfett 1 Pfd.-Tafeln 25.-
Zucker in sämtl. Niederlagen eingetroffen.
Mischobst Pfd. 8.-
Marmelade in 1 Pfd.-Gläsern und offen Pfd. 6.25, 7.-, 8.-, 9.-
Margarine vor d. Preiseshöhe Pfd. 20.-, 21.-, 23.-, 24.-